

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	340
		TOP:	1
		Drucksache:	464/2017 mit Ergänzung
		GZ:	OBM
Sitzungstermin:	18.07.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	der Vorsitzende		
Protokollführung:	Frau Westhaus-Gloël / fr		
Betreff:	1. Fortschreibung des Aktionsplans "Nachhaltig mobil in Stuttgart" - Ergänzung der GRDRs 464/2017 -		

Vorgang: Ausschuss für Umwelt und Technik vom 04.07.2017, öffentlich, Nr. 272

Ergebnis: Einbringung der GRDRs 464/2017

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 05.07.2017, GRDRs 464/2017 Ergänzung, mit folgendem

Beschlussantrag:

Der 1. Fortschreibung des Aktionsplans "Nachhaltig mobil in Stuttgart" (Anlage 1) wird in der vorgelegten Fassung (Stand 05.07.2017) zugestimmt.

Die Umsetzung der darin vorgeschlagenen Maßnahmen ist unabhängig vom Gesamtkonzept auf der Grundlage einzelner Beschlussanträge vom Gemeinderat zu entscheiden.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Der Niederschrift beigefügt sind die schriftlich vorliegenden Änderungsanträge der Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS.

StR Hill (CDU) begrüßt, dass die Vorschläge aus dem Bündnis für Mobilität und Luftreinhaltung vollständig in den Aktionsplan bzw. in die ergänzte Vorlage aufgenommen worden sind. Er fährt fort, seine Fraktion habe ein Verständnis von Mobilität, das von einem Miteinander der Mobilitätsträger geprägt sei. Man müsse den Mobilitätsträgern in den unterschiedlichsten Feldern gerecht werden. Das werde in Teilen der Verwaltung, auf jeden Fall aber in der Politik, auch anders gesehen. Er denke da an die Änderungsanträge von SÖS-LINKE-PluS, zu denen er zum letzten Punkt einen Änderungsantrag zur Formulierung habe. Manches in der Vorlage sehe seine Fraktion auch kritisch. Da die verschiedenen Maßnahmen einem Einzelentscheidungsvorbehalt unterlägen, könne sie aber zustimmen.

StR Hill zitiert aus der Vorlage verschiedene Stellen, die zum Ausdruck bringen, "dass die Landeshauptstadt Stuttgart keine Politik gegen das Auto macht". Wenn OB Kuhn das ernst meine, dann erwarte er, dass in der grünen Liste zu den Haushaltsplanberatungen nicht nur Maßnahmen zur Förderung des Rad- und Fußverkehrs und des ÖPNV aufgeführt würden, sondern auch ein Zeichen für den motorisierten Individualverkehr gesetzt werde, indem die in der Mitteilungsvorlage 491/2017 genannten Beträge für die Finanzierung des städtischen Infrastrukturvermögens enthalten seien.

Nach der Überarbeitung habe die Vorlage noch einmal an Schärfe gewonnen, stellt StRin Munk (90/GRÜNE) fest. Ihre Fraktion habe klare Prioritäten: An erster Stelle stehe der ÖPNV und erst an zweiter Stelle der Substanzerhalt der bestehenden Straßen. Bevor neue Straßen gebaut würden, müsse man sich darum kümmern, dass der bestehende Verkehr funktioniert, der ÖPNV verbessert und das bestehende Straßennetz erhalten wird. Zum erwähnten Zero-Emission-Tunnel (Aktionsplan, Seite 13) wolle sie klarstellen, dass ihre Fraktion es so sehe, dass dieser nicht für Elektrofahrzeuge, sondern rein für den ÖPNV, für Radfahrer, Pedelec-Nutzer und Fußgänger gedacht sei. Bei der Kapazitätserweiterung der Nord-Süd-Straße (Aktionsplan, Seite 13) gehe es ihrer Fraktion darum, dass auch andere Wege des Kapazitätsausbaus gesucht würden als durch Straßenbau, zum Beispiel durch die Schaffung weiterer P+R-Plätze an ÖPNV-Haltestellen entlang der Gemarkungsgrenze und den Ausbau des ÖPNV an diesen Stellen.

StR Körner (SPD) erinnert an die "sehr konstruktive Diskussion im letzten UTA" und dankt für die ergänzte Vorlage. Er beantragt, unter Kapitel 4.2 "Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)" den Punkt "Einführung eines einheitlichen 1-Zonen-Tarifs für die gesamte Landeshauptstadt Stuttgart" wie folgt zu ergänzen: "und das zu einem Fahrpreis, der sich an dem bisherigen Preis 1 Zone orientiert."

StR Ozasek (SÖS-LINKE-PluS) zeigt sich erfreut, dass viele Anregungen aus der letzten Beratung mit aufgegriffen worden sind. Insgesamt seien schon viele Bausteine enthalten, die die nachhaltige Mobilität in Stuttgart tatsächlich stärkten. Die Fraktionsgemeinschaft wolle mit Änderungsanträgen noch etwas nachschärfen und behalte sich vor, einzelnen Maßnahmenbausteinen im konkreten Beschluss dann zu widersprechen. Das betreffe insbesondere Punkte wie den Ausbau des Straßennetzes und Untersuchungen für Tunnellösungen in der Stadt.

Anschließend geht der Stadtrat auf die einzelnen Änderungsanträge zur ergänzten Vorlage ein. Die Fraktionsgemeinschaft setze sich dafür ein, das Autoverkehrsaufkommen in der Stadt um 20 % zu verringern. Bisher sei die Formulierung die, dass man 20 % des Autoverkehrs als konventionell angetriebene Fahrzeuge ersetzen möchte im Sinne von E-Mobilität und artverwandten Antriebstechnologien. Angesichts der zunehmenden Autodichte brauche es eine gesamthafte Strategie, um Automobilität ein Stück weit zu vermindern. Der Änderungsantrag sehe vor, den Zusatz "konventionell angetriebene" im ersten Absatz auf Seite 5 des Aktionsplans zu streichen.

Der zweite Änderungsantrag betreffe das Kapitel ÖPNV. Die Fraktionsgemeinschaft beantrage, als Ergänzung die Prüfung eines werktäglichen Nacht-Takts mit Bus, Stadtbahn und/oder On-Demand-Lösungen vorzusehen.

Den Bereich des nicht motorisierten Verkehrs würden zwei weitere Änderungsanträge betreffen, zum einen die Ausweisung zusätzlicher Fußgängerzonen und verkehrsberuhigter Bereiche im gesamten Stadtgebiet und zum anderen die Ausweitung von Tempo 30 im Vorrangstraßennetz, wie es nach der novellierten Straßenverkehrsordnung (StVO) möglich sei.

Der letzte Änderungsantrag betreffe eine Präzisierung beim Testprojekt "Straßenreinigung Feinstaub", nämlich die Ergänzung "vorbehaltlich der abschließenden Evaluation und des Wirksamkeitsnachweises aus dem Pilotversuch 2017". Die Fraktionsgemeinschaft hoffe, dass die Fraktionen den Anträgen mehrheitlich zustimmten.

StR Zeeb (FW) bemerkt, die Freien Wähler würden "Nachhaltig mobil" ganzheitlich und nicht als Einbahnstraße verstehen. Alle Verkehrsmittel gehörten zur Stadtgesellschaft dazu und müssten in das Konzept einfließen und gleichartig berücksichtigt werden. Jeder müsse nachher das Gefühl haben, dass seine Interessen gewahrt werden.

StR Klingler (AfD) wundert sich, dass in dem Aktionsplan keine Kosten benannt werden. Er äußert Kritik am Aktionsplan. Das Auto werde zurückgedrängt, anstatt dass man Maßnahmen ergreife, damit Autofahrer nicht nur im Stau stehen. Mit Fußgängerzonen schaffe man nicht mehr Lebensqualität. Der Aktionsplan sei ein "Pamphlet des Oberbürgermeisters", das man nur ablehnen könne.

Für die FDP sei der Aktionsplan eine Art Wunschzettel, den man als solchen zur Kenntnis nehme, äußert sich StR Conz (FDP). Alle Maßnahmen müssten im Detail noch beschlossen werden.

StR Dr. Schertlen (STd) hält es für erforderlich, beim Aktionsplan systematischer vorzugehen. Es fehlen ihm Bedarfsanalysen für den Verkehr. Er verweist auf Heatmaps, um festzustellen, wo viel Radverkehr auftritt, und auf die Bewegungsprofile in der Region, die das Verkehrswissenschaftliche Institut der Uni Stuttgart erstellt habe. Mit Hilfe dieser Grundlage könne man den ÖPNV ausbauen, Fahrpläne optimieren, und in Verbindung mit der Integrierten Verkehrsleitzentrale den Verkehr steuern.

Weiter schlägt der Stadtrat einzelne Maßnahmen vor:

- Eingriff auf Motorsteuergeräte, um Drehzahl und Geschwindigkeit zu begrenzen,
- Ausschaltung der Ampeln nachts,
- Konzerte und Sportveranstaltungen zwingend als Kombiticket mit dem VVS,

- Belohnung des Mitnehmens von Beifahrern im Berufsverkehr durch günstige Stellplatzlage.

Anschließend geht StR Dr. Schertlen auf die Kapitel des Aktionsplans ein. In Kapitel 4.2 "Öffentlicher Personennahverkehr" vermisst er einen Hinweis auf fahrerlose Bahnen und einen innerstädtischen 24-Stunden-Betrieb auf der Schiene. Da der Aktionsplan auch ein Blick nach vorne sein müsse, solle die Einführung von Kurswagen oder Express-Stadtbahnen untersucht werden. Ein Schwachpunkt im Stadtbahnnetz liege im unzureichenden Ausbau der Umsteigepunkte von S-Bahn zu Stadtbahn. Durch versetzten Unterrichtsbeginn oder späteren Schulanfang könne der Stadtbahnverkehr in den Morgenstunden entlastet werden.

In Kapitel 4.3 "Berufsverkehre" fehlten ihm Hinweise auf Mitfahrbörsen. Zu 4.4 "Stadteigene Mobilität" rege er an, dass die Polizei im Park mit E-Bikes fahre. Zu Kapitel 4.5 "Mobilität in der Region" gebe er zu bedenken, dass die Vergabe der Bahnfahrleistung mit dem Ausbau der P+R-Anlagen verknüpft werden müsse. Was für die Region fehle sei ein Ringschluss für alle Verkehrsträger - Straßenverbindung, S-Bahn und Fernradweg. Damit meine er aber nicht den Nord-Ost-Ring, auch nicht die Filderauffahrt.

StR Dr. Schertlen schlägt vor, den Begriff "Motorisierter Individualverkehr" (4.6) in "Führerscheinpflichtiger Individualverkehr" umzubenennen. E-Bikes und Pedelecs seien auch motorisiert. Zur Verkehrsberuhigung und -verstetigung empfehle sich die Umwandlung von Ampelkreuzungen in Kreisverkehre. Für den "Nicht-motorisierten Verkehr" (4.7) schlage er vor, bei der Zahnradbahn einen größeren Fahrradanhänger und auch an Stadtbahnen Fahrradanhänger vorzusehen. Für Fahrradfahrer müssten Einbahnstraßen freigegeben werden, und an Ampeln das Abbiegen rechts mit grünem Pfeil möglich sein. Zu 4.8 "Wirtschaftsverkehr" weise er darauf hin, dass in anderen Städten nachts der Güterverkehr auf U-Bahn-Gleisen verkehrt. Abschließend regt der Stadtrat autofreie Sonntage an.

BM Pätzold führt aus, der Aktionsplan "Nachhaltig mobil in Stuttgart" sei nicht neu, sondern im Jahr 2013 vom Gemeinderat beschlossen worden. Nun gehe es um die 1. Fortschreibung des Aktionsplans. Es handle sich also nicht um ein "Pamphlet des Oberbürgermeisters", wie StR Klingler in den Raum gestellt habe, sondern um ein Projekt des Gemeinderats, das jetzt weitergeführt werde. Nach der Sommerpause werde eine sogenannte Mantelvorlage zum Haushaltspaket "Nachhaltig mobil" vorgelegt, im dem die Vorschläge der Verwaltung zusammengestellt seien.

BM Pätzold ruft die Änderungsanträge der Fraktionen auf. Er stellt zunächst die einzelnen Punkte des Änderungsantrags der Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS zur Abstimmung:

Punkt 1 des Änderungsantrags betrifft die Ziele des Aktionsplans (Seite 5).

Änderungsantrag: Streichung des Zusatzes "konventionell angetrieben" im 1. Absatz.

Der Antrag wird bei 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Punkt 2 betrifft Abschnitt 4.2 (Seite 8).

Änderungsantrag: Ergänzung eines Spiegelstrichs bei den Maßnahmen zum ÖPNV:

- Prüfung eines werktäglichen Nacht-Takts mit Bus, Stadtbahn und/oder On-Demand-Lösung.

Der Antrag wird bei 9 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen angenommen.

Punkt 3 betrifft Abschnitt 4.7 "Nicht-motorisierter Verkehr" (Seite 13).

Änderungsantrag: Ergänzung eines Spiegelstrichs bei den "Verkehrsartübergreifenden Maßnahmen":

- Ausweisung zusätzlicher Fußgängerzonen und verkehrsberuhigter Bereiche im gesamten Stadtgebiet.

Der Antrag wird bei 9 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen angenommen.

Punkt 4 betrifft Abschnitt 4.7 "Nicht-motorisierter Verkehr" (Seite 13).

Änderungsantrag: Ergänzung eines Spiegelstrichs bei den "Verkehrsartübergreifenden Maßnahmen":

- Ausweitung von Tempo 30 im Vorrangstraßennetz gemäß novellierter StVO.

StR Winter (90/GRÜNE) teilt mit, dass seine Fraktion zustimmen kann, wenn bei Tempo 30 der Zusatz ergänzt wird, "insbesondere vor Kindergärten, Schulen und ähnlichen Einrichtungen".

Der um den Zusatz "insbesondere vor Kindergärten, Schulen und ähnlichen Einrichtungen" ergänzte Antrag wird bei 1 Nein-Stimme angenommen.

Punkt 5 betrifft Abschnitt 4.10 "Sonstige Maßnahmen" (Seite 17).

Änderungsantrag: Beim Spiegelstrich

- Fortsetzung des Testprojekts "Straßenreinigung Feinstaub" wird ergänzt: "vorbehaltlich der abschließenden Evaluation und des Wirksamkeitsnachweises aus dem Pilotversuch 2017".

StR Hill beantragt für die CDU-Fraktion die folgende Formulierung:

"Der erste Versuch vom Frühjahr 2017 wird über die komplette Feinstaubsaison 2017/2018 fortgeführt. Eine Entscheidung, ob danach aus dem Versuch ein Dauerprojekt wird, entscheidet sich im Sommer 2018, nach den weiteren Auswertungen der zweiten Testphase".

BM Pätzold weist darauf hin, dass der Gemeinderat in wenigen Tagen erst den Beschluss fassen wird. Er schlägt die Formulierung "Fortsetzung des Testprojekts "Straßenreinigung Feinstaub" vorbehaltlich der Entscheidung des Gemeinderats vor.

StRin Munk (90/GRÜNE) erinnert daran, dass schon beschlossen worden sei, das Testprojekt fortzusetzen, und plädiert für den Antrag der CDU-Fraktion.

BM Pätzold stellt die beiden Ergänzungsanträge zur Abstimmung.

Der Antrag von SÖS-LINKE-PluS wird bei 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Der Antrag der CDU-Fraktion wird bei 1 Enthaltung angenommen.

StR Körner beantragt für die SPD-Fraktion, in Kapitel 4.2 "Öffentlicher Personennahverkehr" (Seite 9) den Spiegelstrich:

- Einführung eines einheitlichen 1-Zonen-Tarifs für die gesamte Landeshauptstadt Stuttgart

um den Zusatz zu ergänzen

"und das zu einem Fahrpreis, der sich am bisherigen Preis für eine Zone orientiert".

Der Antrag wird bei 1 Nein-Stimme angenommen.

Abschließend stellt BM Pätzold die Beschlussvorlage zur Abstimmung. Er stellt fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik stimmt der Beschlussvorlage mit den abgestimmten Änderungen bei 1 Nein-Stimme mit großer Mehrheit zu.

Zur Beurkundung

Westhaus-Gloël / fr

Verteiler:

- I. S/OB
zur Weiterbehandlung
S/OB-Mobil
Strategische Planung

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
SSB
VVS
 2. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
 3. Referat StU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (3)
 4. Referat T
Tiefbauamt (2)
 5. BVinnen Mitte, Nord, Ost,
BV Süd, West
 6. BezÄ Ca, Bo, De, Feu, Hed, Mö, Mühl, Mün,
Ob, P-B, Si, Sta, Un, Vai, Wa, Weil, Zu
 7. Rechnungsprüfungsamt
 8. Stadtkämmerei (2)
 9. L/OB-K
 10. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN